

reich, duldet  
den die An-  
n Bortung  
abdinge...

berfchellen,  
bilanz vor-  
erhebenden  
en 9,5 Mil-  
attung) und  
tammkapital  
in wurde in  
in eingestellt,  
überwiesen  
t man erit  
1924 rund 60  
1918. Heute  
zu höher an-  
dazu kommt,  
Wertpapiere  
anachen.

zuwachs, der  
ung der Ver-  
tomeute zu-  
konjunkturel-  
Namen des  
chen in der  
r Widmark  
id ist es  
zu bringen  
ndustrie der  
Erwerbungen  
Verkauf der  
n (Stimm-  
ist die Cho-  
nfallender  
spezuliären  
erfahrungen,  
es hatte, in-  
zuführen den  
gen und die  
gieren: Die  
eine Eigen-  
gen. Heute  
den, Band-  
Eichen und  
der Reichen-  
Gewerkschaft  
Recht der  
n. 1917 Krug  
u. Wallner  
sienindustrie  
er Siegmar

g des San-  
aufkäufe in  
zu bewerten  
unges, des  
des Chas-  
stärmen der  
im Krisen-  
der haben  
schwieriger  
hilfgelei-  
erbringungen  
ung des  
sorge zu  
einer  
Mangel an  
ern möglich  
erzielen und  
gen, so daß  
Aus diesen  
us zu be-  
rden zu be-  
arlotterbiete  
chen anders  
nengeromfick

und der An-  
das beteiligt  
heroor. 1915  
onen Kon-  
tionen Part-  
der Gattung,  
b Millionen  
e mehr ein-  
ypotheken-  
genmita der  
dar, und es  
finanzier  
hat. Wenn  
5 Millionen  
vorhalten  
Befamante  
ohne Rück-  
Spekulant  
liche Quelle

f

6<sup>50</sup>  
6<sup>75</sup>  
7<sup>00</sup>  
9<sup>50</sup>  
3<sup>75</sup>  
2<sup>75</sup>

w 28

# Dresdner Volkszeitung

Hauptschredens: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Bei-  
lagen „Rath der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben  
Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile  
30 Goldpf., die 90 mm breite Neillauszeile 150 Goldpf., für aus-  
wärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen-  
u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 13

Dresden, Freitag den 16. Januar 1925

36. Jahrg.

## Lösung — bis auf weiteres

**Von Berlin wird uns geschrieben:**  
H. F. Die neue Reichsregierung, die endlich zustandekam, ist eine Schwere- und Fehgeburt zugleich. Der Vater dieser Regierung, Herr Dr. Brücker, hat erklärt, das wenig verheißerische Reichskabinett soll sein Kampfprogramm gegen die Sozialdemokratie sein, er müsse aber eine Regierung mit stichfester Mehrheit haben. Das erstere ist eine Nebensache, eine Verhütungsgaube, die ihren Zweck völlig verfehlt; und mit der sicheren Mehrheit ist es zunächst auch noch so. Brücker hat bei der dafür ausschlaggebenden Partei keine Bindung erreicht. Die Lebensfähigkeit der neuen Regierung ist also vorläufig problematisch. Wenn sie „flug und weise“ operiert und eine Politik macht, die nicht gerade mit der Tür ins Haus fällt, dann kann es schon sein, daß sie sich festigt. Diese Probe aufs Exempel wird besonders in der Außenpolitik zu erwarten sein, die ja wieder einmal kompliziert hat gefaltet hat. Die Reichsopposition sollen zugeführt haben, daß in der Hinsicht die Linie der Regierung klar auch weiter eingeschalten wird. Aber das Zentrum traut dem Landfrieden nicht und fällt sich daher zur Zeit noch etwas in die Quere.

Die Zentrumspartei, die bisher im neuen Staat Regierungspartei war, ist durch die nun vorhandene Konstellation so ungeführt wieder in die Lage gekommen, in der sie sich lange Zeit in der Reichsopposition befand: halb Regierungspartei, halb Oppositionspartei, aber ausschlaggebend nach beiden Seiten! Kein parteipolitisch genannter, bekommt in der Regel einer bürgerlichen Partei eine solche Situation ganz gut. Das zeigte sich dem Zentrum in der früheren Zeit. Mal ein bißchen rechts, dann wieder etwas links — so konnte man doch hier und da parlamentarische Vorteile erlangen, die draußen im Lande den weniger grundsätzlich Eingestellten imponierten. Das Zentrum half der kaiserlichen Regierung unter der Bedingung, daß ihm auf bestimmten Gebieten Ansehen gemacht wurden, die dann wie Erfolge einer konsequenten Politik ausliefen. Und so kam es, daß der „Zentrumskurs“ in allen Lagen und bei allen Wahlen „unerschütterlich“ blieb, wie man sich damals ausdrückte.

Diese Stabilität des Zentrums war aber nur möglich und denkbar durch und mit der Stabilität der Regierung, die im Kaiserreich stets konservativ blieb. Heute ist das ganz anders geworden. Das parlamentarische System mit dem Mehrparteiensystem in Deutschland muß sich erst noch zu gefestigteren Zuständen durchringen. Regierungskrisen bringen auch, wenigstens bei den großen Parteien, Schwierigkeiten mancherlei Art für diese mit sich... Diese Tatsachen machen zur Zeit jede Regierungserklärung lang und schwer. Inherüber von solchen Vorgängen bleiben nur Parteien, die Opposition unter allen Umständen und auf jeden Fall treiben. Bei denen nicht die Politik, sondern die Opposition das Problem darstellt, das dann eben keine mehr ist. — Hinzu kommt, daß sich inzwischen die Massenopposition und Klasseninteressen noch bedeutend erschärft haben, und daß sie im Rahmen der republikanischen Staatsform viel ungeschämter und rücksichtsloser in der praktischen Politik in Erscheinung treten. Alles ist klarer, durchsichtiger, eindringlicher und entschlossener geworden. Aus alledem ergibt sich, daß unter den so stark veränderten gegenwärtigen Verhältnissen keine Regierung und keine Partei mehr auf längere Zeit labieren können. Der jetzige Zustand wird nicht lange anhalten können, bald werden die wichtigsten innerpolitischen Fragen zu klaren Entscheidungen drängen. Und auf diesem Gebiet ist das Zentrum zu wenig Projekt reaktionär. Daraus ergibt sich alles weitere.

Der Reichsblock ist natürlich etwas sehr Innerweltliches für jeden christlichen Republikaner und Demokrat. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der ganzen Kampagne ihr Verhalten darauf eingestellt, den Reichsblock zu verhindern. Daher mußte versucht werden, einer Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien entgegenzuarbeiten. Wir erklärten uns bereit, die keine Koalition mitzumachen, auch wenn sie eine Minderheitsregierung ergeben würde. Das Zentrum möchte nicht mit, es bestand auf Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, diese wieder forderte entschieden die Beibehaltung der Reichsblocken an der Regierung. Auch die Frage der Bildung einer Regierung von Sozialdemokraten und Demokraten wurde aufgeworfen. Das Zentrum erklärte, sich in diesem Falle „abwartend“, im allergrößtmöglichen „wohlwollend“ zu verhalten. Schließlich kam noch in Betracht die Bildung einer rein sozialistischen Regierung. Ein solcher Vorstoß hätte in dieser Situation natürlich nur demonstrative Bedeutung. Sämtliche bürgerlichen Parteien hätten sich dagegen vereinigt und der selbstveranfertete Bürgerblock wäre schon jetzt zu einer völlig unüberhüllten Tatsache geworden. Zum Aufstreifen wäre eine rein sozialistische Regierung nicht gekommen; ihr Sturz in der ersten Sitzung des Reichstags war gewiß. Immerhin konnte sie mit einem Programm vor dem Reichstag treten, und damit eventuell in einen neuen Wahlkampf ziehen. Voraussetzung für ein derartiges Vorgehen ist, daß dann der Kampf im Parlament und außerhalb desselben mit aller Schärfe für die Interessen des schaffenden Volkes und der Republik nachhaltig geführt wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Lage einmal solche Katalysatorkräfte erleben wird. Sie kann aber nur Erfolg haben, wenn die Sozialdemokratie die Gewissheit hat, daß ihr der Feind nicht von links her in den Rücken fällt. Das wäre jetzt noch leider so gut wie sicher! Die S. P. D. ist bei ihrer jetzigen Einstellung ein Hindernis für jede entscheidende Aktion der Arbeiterklasse, die nicht auf unumgängliche Notwendigkeit ist! Aus parlamentarische Erfolge für die Arbeiterklasse sind im Reichstag infolge des Verhaltens der Kommunisten, die stets etwas anderes wollen, wie wir, mehr in Frage gestellt, als wenn beide Einparteien sich verständigen könnten. Wozu die Sozialdemokratie stets bereit sein wird!

Die Zerstückelung der neuen Regierung durch Zentrum und Demokraten tritt in dem Verleiden Geylers und Brauns in Erscheinung. (Noch ein Zentrumsmann soll hinzukommen.) Wer sollen diese Herren wirklich nur dochschöpfen sein? Mit Geyler liegt es sehr eigenständig. Er hat seine Partei angeblich nicht gefragt, und sie soll ihm das Weiden nicht verboten haben. Er ist nicht mehr Mitglied der demokratischen Fraktion, gehört aber noch dieser Partei an.!) Seine ganzen bisherigen Verhalten als Reichsminister nach ist er gerade als solcher eine Nummer für die Reaktion. Seine mehrfache Verewaltung — um es sehr gelinde auszudrücken — hat nicht vermocht, die Reichsregierung in eine unüberwindliche Position für eine wirklich demokratische

Republik zu gestalten. Das Material in dieser Hinsicht ist so bedenklich, daß es endlich einmal ausgespart werden muß und wird. Geyler ist also kein Hindernis für die Entwicklung zum unverfälschten Reichsblock. Aber auch beim Zentrum ist jetzt keine mehr zweifelhaft, daß es den letzten Schritt nach rechts tun wird, wenn es darauf ankommt, sich aus den bereits dargelegten Gründen „nicht ausschalten“ zu lassen. Daß dann die von Brücker angebotene Kabinetsrevolution wirklich ausbrechen wird, ist mehr als zweifelhaft. Man bestimme noch eine Partei mehr in Deutschland, die ehemalige Zentrumspartei wäre in drei, allerdings ungleiche, Teile zerlegt. Diese Krise war von allen bisher die eigenartigste. Für die innere Politik, die nun aktuell geworden ist, schließen sich die Reaktionen zusammen. Der schärfste Kampf wird entbrennen. Es muß sich aber auch bald zeigen, ob und inwieweit die Arbeiterklasse instand ist, den reaktionären Nachwuchs zu hemmen und zu brechen.

### Das neue Kabinett

**Wth. Berlin, 15. Januar. Amtlich.** Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luder zum Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt.

- Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann,
- Mitglied des Reichstags,
- Reichsminister des Innern Martin Schiele, Mitglied des Reichstags,
- Reichsminister der Finanzen noch unbesetzt,
- Reichswirtschaftsminister Neuhaus, Ministerialdirektor a. D.,
- Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Mitglied des Reichstags,
- Reichswehrminister Dr. Geyler,
- Reichspostminister Stinag,
- Reichsverkehrsminister noch unbesetzt,
- Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz.

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtspräsidenten Schumacher, Mitglied des Reichsrats, angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen worden.

### Die Haltung der Demokraten

**Berlin, 15. Januar.** Die demokratische Reichstagsfraktion hat über ihre Stellung zur Regierungsbildung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:  
Die deutsche demokratische Fraktion billigt es, daß der Verzicht auf die Ernennung eines Vertrauensmannes in das Kabinett Luder abgelehnt hat. Sie lehnt dem Kabinett mit den schwersten Bedenken gegenüber und behält sich ihre Stellung zu der Regierungserklärung vor.

### Regierungserklärung am Freitag

**Berlin, 15. Januar.** Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß, an der frühesten Tagesordnung für Freitag mit der Erklärung der Regierung um 6 Uhr nachmittags festzuhalten. Nach der Regierungserklärung wird die Sitzung auf Sonnabend vertagt und dann um 12 Uhr mit der Besprechung der Regierungserklärung begonnen, damit nach am Sonnabend alle großen Parteien zu Worte kommen können. Die weitere Aussprache wird dann am Montag um 3 Uhr stattfinden.

### Wie Bürgerblockregierungen wüten

**Braunschweig, 15. Januar. (Eigener Draht.)** In zweitägigen Verhandlungen des braunschweigischen Landtages wurde das Regierungsprogramm der Bürgerblockregierung besprochen. Die Genossen Sievers und Dr. Jasper legten in ausführlicher Aussprache die Mängel und Schwächen der „Juchmannsregierung“ bloß. Dr. Jasper zeigte in einer vierstündigen Rede, wie leichtfertig die braunschweigischen Justizminister die ersten 14 Tage ihres Amtes gewaltet haben. Die Beurlaubungen und Entlassungen der republikanischen Beamten, die in diesen Tagen vorgenommen wurden, seien ohne vorherige Prüfung der Akten auf Wunsch der nationalen Rechte erfolgt. Der jetzige Ministerpräsident Marquardt, der als Regierungsrat selbst einmal den Mitgliedern des Landesschulamtes riet, der sozialdemokratischen braunschweigischen Regierung möglichst viele Hemmnisse zu bereiten, sicherte jetzt erst „Prüfung“ der Entlassungen und Beurlaubungen zu. So haust ein Ordnungsbuch, wenn er die Macht hat! Der einzige Nationalsozialist des braunschweigischen Landtages, der Abg. Riese-Selmsdorf, sagte, er stütze die Regierung, weil sie gegen die Sozialdemokratie regiere. Ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde von den Reichspräsidenten mit Hilfe des Nationalsozialisten (mit einer Stimme Mehrheit) angenommen, dagegen der Sozialist des kommunistischen Abg. Gmeiner, der wegen Hochverrats im Gefängnis liegt, von denselben Abgeordneten abgelehnt. Die Sozialdemokratie kündigte für die Zukunft schärfste Opposition an.

## Internationaler Achtstundentag

Von J. Debas, Kammerabgeordneter, Paris

Von den Anfängen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus an bis zum Jahre 1914 haben die arbeitenden Klassen aller Länder unaufhörlich die Einschränkung der gesetzlichen Arbeitszeit auf eine Höchstzahl von acht Stunden gefordert. Bei der Verteidigung dieser ihrer Hauptforderung trugen ihre aus dem Wirtschafts-, dem Familien- und dem sozialen Leben geschöpften Argumente einen leichten Sieg davon über die Gegenkräfte, mit denen sich die Arbeitgeberchaft einer Verkürzung der Arbeitszeit widersetzte.

Im Wortkampf siegte die Achtstundentageform stets über alle ihre Gegner; auf dem Felde, auf dem sich die beiden Anschaungen, die des Arbeitnehmers und die des Arbeitgebers, offen gegenübertraten, blieb die erstere immer Siegerin. Doch dieser Sieg reichte nicht weiter; er drang nicht ein in die Praxis, nicht in die Fabrik, in die Werkstatt, in den Schacht, kurz, überall dahin, wo Lohnarbeiter tätig sind. Trotz ihrem theoretischen Siege war die Auffassung der Arbeitnehmer in Wirklichkeit die Besiegte, weil es dem Protektariat an der nötigen Organisationskraft mangelte, um den Gegnern seine Forderung aufzuzwingen.

Und heute noch ist die Achtstundentageform nicht wie vor Gegenstand der angestrengten Sorge des Proletariats, aber die Umstände, unter denen es an diese Frage herantritt, haben sich inzwischen gründlich verändert. Nicht mehr nur die theoretische Rechtfertigung und Verteidigung dieser Reform handelt es sich heute. Diese Zeit ist vorbei. Sie liegt hinter uns seit dem Tage, wo die Arbeiter sofort nach Kriegsende die gesetzliche Verkürzung dieser Reform durchgesetzt haben. Das ist eine der wichtigsten Errungenschaften, die ihnen je gelang. Heute heißt es sie zu schützen und zu festigen, um jeden Gegenangriff der rückschrittlichen Bourgeoisie zu verhindern.

Arbeiter, seid auf eurer Hut! Fast überall hat in den zwei letzten Jahren die Bourgeoisie zum Sturz auf das Achtstundentagegesetz gerüstet; sie hat wirtschaftliche oder politische Krisen zum Vorwand für eine Wiedereinführung längerer Arbeitstage zu nehmen versucht. So haben zum Beispiel in Deutschland die Arbeitgeber, trotz dem Widerstande der Arbeiter, die Verfügung vom Dezember 1923 längerer Arbeitstage durchgesetzt. Das ist eine der wichtigsten Errungenschaften, die ihnen je gelang. Heute heißt es sie zu schützen und zu festigen, um jeden Gegenangriff der rückschrittlichen Bourgeoisie zu verhindern.

In Frankreich war die sozialistische und gewerkschaftliche Tätigkeit sogar zur Zeit der Allmachtigkeit des Nationalblocks stark genug, um das Parlament von einer Aukerkräftigung des Achtstundentagegesetzes abzuhalten. Doch um der Wahrheit die Ehre zu geben, müssen wir sagen, der Druck des Gesetzes ist dehnbar genug, um der Arbeitgeberchaft zu gestatten, die Arbeiter in vielen Betrieben zu mehr als acht Stunden täglicher oder mehr als 48 Stunden wöchentlicher Arbeit zu zwingen.

Brutaler vielleicht in Deutschland, heimtückischer dafür in Frankreich, verühten es die kapitalistischen Mächte zur Zeit, die frühere längere Arbeitszeit wieder einzuführen. In beiden Ländern jedoch erstark der genossenschaftliche und sozialistische Widerstand immer mehr, und wir dürfen hoffen, daß die vereinten Bemühungen des organisierten Proletariats die Pläne der Arbeitgeber vereiteln werden.

In diesem Kampfe müssen wir die unbefristeten Vorteile auszunutzen wissen, die uns aus dem Teil 13 des Versailler Vertrags erwachsen, aus dem die internationalen Arbeitskonferenzen hervorgingen. Und diese können den Forderungen der Arbeiterchaft ganz gewaltig zustatten kommen.

Wie erinnerlich, fand dem Wortlaut des Friedensvertrags zufolge, im November 1919 die erste internationale Konferenz in Washington statt. Derselbe führte zu einem Abkommen, das die tägliche Arbeitszeit auf acht und die wöchentliche auf 48 Stunden herabsetzte. Allerdings löst dieses Abkommen vorübergehende Abweichungen zu, die es übrigens enger, als alle Verträge über den Achtstundentag es tun, umgrenzt. Aus diesem Grunde widersetzten sich wohl die Arbeitgeber aller Länder der Bestätigung des Washingtoner Abkommens seitens der Parlamente. Ungeachtet aber mußten deshalb die Arbeiterklassen allenthalben sowie ihre sozialistischen Parteien dessen verheißungsvolle und unbedingte Ratifikation nachdrücklich verlangen.

Auf diesen Standpunkt stellte sich die sozialistische Kammergruppe in Frankreich und sie gab hierüber vor einigen Tagen während der Auseinandersetzungen über das Arbeitsbudget die eindringlichsten Erklärungen ab. Doch ist es unsere Pflicht, der deutschen sozialistischen Partei und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu wissen zu tun, daß unsre Auffassung auf starkem Widerstand stößt. Am 31. Juli vorigen Jahres legte die französische Regierung der Kammer ein Projekt der Ratifikation des internationalen Abkommens vor, aber mit der Einschränkung, daß die sich hieraus für Frankreich ergebenden Verpflichtungen erst in Kraft treten nach der Ratifizierung des oben genannten Abkommens durch Deutschland.

Diese Einschränkung kann die sozialistische Partei nicht annehmen. Sie weist dieselbe zurück, erstens weil sie die Durchführung der Achtstundentageform, die das Proletariat jedes Landes zu erringen das Interesse und die Pflicht hat, nie und nimmer an Bedingungen irgendwelcher Art geknüpft